

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM, im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,50 RM, bei Vorbestellung 2 RM. Die Verlagsstelle ist: Wilsdruff, Markt 1. Die Geschäftsstelle ist: Wilsdruff, Markt 1. Die Geschäftsstelle ist: Wilsdruff, Markt 1.

Abgabe: Die 8-spaltige Komplette 20 Spz., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklamemerkmal im zeitlichen Teil 1 Reichsmark. Nachmittagsgebühr 20 Reichsmark. Sonntags und Feiertagsausgaben 10 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Fernrufanspruch ist durch die Zahlung der Gebühren zu decken. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 67 — 88. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Donnerstag, den 20. März 1930

## Aufbauprogramme für Ost und West.

Jedes Kind in Deutschland weiß nachgerade, daß die „Not der Landwirtschaft“ kein egoistisches Schlagwort wirtschaftspolitischer Agitatoren ist, sondern Tatsache. Deswegen war vom Standpunkt der Landwirtschaft aus auch nur allzusehr zu verstehen, daß man sich im überwiegend agrarischen Osten aufs äußerste gegen die Konkurrenz sträubte, die mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages über die Grenze nach Deutschland hineingelassen werden würde. Und wenn jetzt trotzdem dieses Wirtschaftsabkommen im Prinzip angenommen worden ist, so hat dies, wie der Reichspräsident in seinem Schreiben an den Reichskanzler sagt, „der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarprodukten große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen gerade im Osten die Meinung einer absichtlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen“.

Die Opfer müßten gebracht werden, wenn man der deutschen Industrie neue Abfahrtsmöglichkeiten schaffen wollte — und daher ist es nur zu begrüßen, wenn der Reichspräsident einen Vorschlag wieder aufgreift, den im Dezember vergangenen Jahres auf der Berliner Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einer der tüchtigsten Köpfe der deutschen Wirtschaft, speziell der Schwerindustrie, gemacht hat: Dr. Silberberg. Ein Vorschlag, der auch eine recht erhebliche Leistung der Industrie an die Landwirtschaft zum Inhalt hatte. Er ging davon aus, daß mit dem Dawes-Plan auch die von diesem einseitige „Industriebelastung“ — 5 Milliarden Obligationenkapital zu 5 Prozent Zinsen, zuzüglich 1 Prozent Amortisation, also 300 Millionen jährlicher Zahlungen — fallen sollte; statt dieser Totalentlastung sollte eine Kreditaktion zugunsten der Landwirtschaft erfolgen und dafür ein Milliardenkapital durch die Verpflichtung der Industrie geschaffen werden, ähnlich wie im Dawes-Plan durch Verzinsung und Amortisation den Kredit zu garantieren. Als sozialer Gegenleistung gegen die Opfer der Landwirtschaft zugunsten der Industrie und deswegen agrarpolitisch besonders zu begrüßen, weil sie die so dringend notwendige Umschulungsaktion in der Landwirtschaft einen ganz gewaltigen Schritt vorwärtsbringen — den Staat aber keinen Pfennig kosten würde. Nicht ganz so weit geht Hindenburgs Anregung: er will nur, bei Fortbestehen oder nur allmählichem Abbau der Jahreszahlungen „auf Industriebelastung“, einen Teil dieser Beträge für die Umschulungsaktion der Landwirtschaft verwenden wissen, außerdem weist er auch darauf hin, daß ja die Zollbefreiungen eine Zieländerung der Erträge bewirken und damit die Möglichkeit schaffen würden, daraus für den gleichen agrarpolitischen Zweck nicht unerhebliche Summen zur Verfügung zu stellen.

Hindenburg spricht von dem „zusammenbrechenden Osten“ Deutschlands — und leider nicht mit Unrecht. Finanzielle Not versperrt dem Reich und Preußen sehr oft die Wege, hier selbst gründlich helfen zu können. Wenn die Industrie hier mit anpackt, dann kann noch in letzter Stunde Entschiedenheit für eine wesentliche Besserung, für die Vermeidung des Zusammenbruchs geschaffen; außerdem hat die Industrie selbst ihren Vorteil davon, wenn die Kaufkraft eines so wichtigen und großen Teils, wie es die Landwirtschaft ist, allmählich wieder auf ein höheres, normales Niveau gehoben wird. Das auch von Hindenburg berührte Wort von der Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion hat einen sehr „realen“ Hintergrund. Und man möchte angesichts dieser Anregungen und Vorschläge Hindenburgs auch gleich noch hinzusetzen, was einst der Kriegsminister Moon an Bismarck telegraphierte, als des preussische Königtum gefordert schien: „Periculum in mora! Despechez-vous!“ — „Es ist Gefahr im Verzuge! Beeilen Sie sich!“ die Situationen nämlich, die nun diese Anregungen zu verwirklichen haben.

Im Westen werden wir ja nun auch bald die Arme freier regeln können und der Reichsminister für die besetzten Gebiete hat im Reichstag einige Angaben für das Wiederaufbauprogramm im Rheinland gemacht. „Westhilfeprogramm“ nennt es sich und hat als finanzielle Unterbauung die jetzt gerade beantragten 20 Millionen Reichsmark aus dem Etat. Auch durch möglichst weitgehende Erteilung von Bauaufträgen öffentlicher Art soll der industrielle Beschäftigungsgrad der Industrie höher gebracht werden.

„Osthilfe“, „Westhilfe“ — allzulange darf beides nicht nicht nur „Programm“ bleiben.

## Die erste Ausfahrt des Riesendampfers „Europa“.

Der „Blinde Passagier“ schon vor der Abfahrt festgenommen.

Der Riesendampfer „Europa“ hat Mittwoch nachmittags kurz nach 1 (13) Uhr von Bremerhaven die erste Ausreise nach Amerika angetreten. Ungeheure Menschenmassen umsäumten die Ufer und brachen in Jubelrufe aus, als das gewaltige Schiff, während eine Musikavale die

## Keine Reichszahlungen an Thüringen

### Der Konflikt Sebering—Fried.

Thüringens politische Wirren.

Reichsinnenminister Sebering hat an das thüringische Staatsministerium folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf mein Schreiben vom 17. Februar habe ich bis heute eine Antwort nicht erhalten, dagegen hat nach bisher unividersprochenen Zeitungsmeldungen das Mitglied des thüringischen Staatsministeriums, Herr Minister Fried, in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß ich auf eine Antwort lange warten könne. Diese Haltung des Herrn Staatsministers Fried hat mich veranlaßt, für den Geschäftsbereich meines Ministeriums Anordnung dahin zu treffen, daß Anfragen und Schreiben des thüringischen Staatsministeriums nicht früher beantwortet werden, bis eine Antwort auf mein Schreiben, auf die ich übrigens keineswegs warte, eingegangen ist. Gleichzeitig sind die zuständigen Stellen meines Ministeriums angewiesen worden, alle Überweisungen aus Fondsmitteln des Reichsinnenministeriums an Thüringen einstweilen einzustellen.“

Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß mir Nachrichten zugegangen sind, die begründete Zweifel darüber erwecken, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch erfüllt sind. Ich bin daher nicht in der Lage, weitere Zuschusszahlungen anzuweisen, wenn nicht vom thüringischen Staatsministerium der bindige Beweis dafür erbracht werden kann, daß von ihm die Grundzüge für die Gewährung des Reichszuschusses in vollem Umfange beobachtet werden. Unterschrift gez. Sebering.“

Nach einer Blättermeldung soll beim Oberreichsanwalt eine Anzeige gegen den thüringischen Minister Fried eingegangen sein mit der Aufforderung, gegen ihn und den Oberbürgermeister von Eisenach, Dr. Janson, wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vorzugehen. Dr. Janson soll, wie es heißt, nicht ohne Unterstützung Frieds eine unzulässige Einflussnahme auf Polizeibeamte versucht haben, um diese in parteipolitischen Sinne zu bestimmen, im Falle eines Unsturzversuches nicht einzugreifen. Dr. Janson bestritt dies.

Würde es zur Ausführung der Seberingschen Maßnahmen kommen, so würden am 1. April die zu diesem Tage fälligen Überweisungen von 225 000 Mark an Thüringen nicht erfolgen.

### Der Wiederhall in Thüringen

Weimar, 19. März. Der Brief des Reichsinnenministers Sebering an das thüringische Staatsministerium, der bis zum

Mittwoch abend in Weimar noch nicht eingegangen war, hat in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen hervorgerufen. Zu dem Schreiben des Reichsministers, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke noch erfüllt seien, wird erklärt, daß sich in der thüringischen Landespolizei seit der Amtstätigkeit des Ministers Dr. Fried nichts geändert habe. Weder im Ministerium noch in der Leitung und der Stellenbesetzung seien Veränderungen eingetreten. Auch Beförderungen oder Neueinstellungen seien nicht vorgenommen worden. Im übrigen ist man im thüringischen Innenministerium der Ansicht, daß die Sperrung der Reichszuschüsse für die Landespolizei nicht erfolgen könne, da die Zahlungen auf Grund beiderseits vereinbarter Richtlinien stattfinden, gegen die vom Lande Thüringen nicht verstoßen worden sei. Die Vereinbarungen können also demzufolge nicht einseitig aufgehoben werden.

### Der Kampf um das thüringische Ermächtigungsgesetz.

Der Landtag von Thüringen überwiegt das von der Regierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz dem Gesetzgebungsansatz. Die Oppositionsparteien hatten schärfsten Widerstand gegen das Gesetz angefaßt. Die Deutsche Volkspartei erklärte, daß es ihr nicht leicht sei, an dem Ermächtigungsgesetz mitzuarbeiten. Angesichts der Notlage des Landes habe sie sich aber zur Mitarbeit bereit erklärt. Die Fraktion bittet Staatsminister Dr. Fried aufs dringlichste, ihr die weitere Mitarbeit mit ihm und seinen Parteifreunden nicht unmöglich zu machen. Bei der Beratung von Abbaumassnahmen auf dem Schulgebiet kam es zu großen Värmvorgängen, bei denen von kommunistischer Seite Rufe wie Lumpen, Verbrecher u. a. fielen. Der Präsident war gegen den Värm nachsichtig und mußte abwarten, bis die Ruhe eingetreten war.

### Aufhebung der Aufrufbeschlagnahme.

Die Zweite Strafkammer des Landgerichts Weimar hob die vom Innenminister Dr. Fried angeordnete Beschlagnahme des Aufrufs gegen den jetzigen politischen Kurs in Thüringen, den die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der sozialdemokratische Bezirksvorstand zuerst in der Presse brachten und dann als Plakat anschlagten, auf. Die Beschlagnahme war zunächst vom Amtsgericht bestätigt worden. Die Aufhebung erfolgte, weil die Strafverfolgung innerhalb der vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen nicht eingeleitet worden ist.

### Keine Hochverratsanzeige gegen Minister Fried.

Leipzig. Der Oberreichsanwalt teilt auf Anfrage mit, daß gegen den thüringischen Staatsminister Dr. Fried keine Anzeige wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, wie eine Zeitung gemeldet hatte, erstattet worden ist.

Stützpunkt für das Luftschiff ist jetzt endgültig Recife im brasilianischen Küstenstaat Pernambuco vorgesehen. Die eigentliche Südamerikafahrt beginnt in Sevilla, wohin das Luftschiff im Mai die Reise antreten wird. Bei günstiger Wetterlage wird der „Graf Zeppelin“ nach der Überquerung des Südatlantik, für die zwei bis drei Tage vorgesehen sind, bis Rio de Janeiro fahren, dort für kurze Zeit landen und dann nach Pernambuco zurückkehren. Der zweite Teil der Fahrt von Pernambuco nach Lateinamerika soll über die westindischen Inseln führen, eventuell mit einem Abflieger nach Havanna. Von Lateinamerika geht es wieder zurück nach Sevilla und von hier nach Friedrichshafen.

### Moldenhauers schlaflose Nacht.

Oskantener oder Finanzminister? Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Frage der Arbeitslosenversicherung in Gegenwart des Reichsfinanzministers weiter besprochen. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erklärte, er habe einige Nachstunden Schlaf geopfert, um darüber nachzudenken, ob er seine Hamburger Aede als Privatmann oder als Finanzmann erhalten habe. Die Lösung dieses Rätsels sei ihm noch nicht gelungen. Es sei aber festzustellen, daß er vom statistischen Verein in Hamburg nicht in seiner Eigenschaft als privater Oskantener eingeladen wurde, sondern wohl wahrscheinlich als Finanzminister. Deshalb habe er geglaubt, nicht über Oskanten, sondern über die Reichsfinanzreform sprechen zu sollen. Er habe mit seinen Ausführungen keineswegs irgendwelche Zuständigkeitsgrenzen verletzen wollen. Es sei aber nicht zu leugnen, daß die Arbeitslosenversicherung ihm möglicherweise den ganzen Haushalt über den Haufen werfen könne. Deshalb sei es die Pflicht jedes Finanzministers, sich auch mit

### „Graf Zeppelin“ fliegt nach Brasilien.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ dürfte Anfang April wieder fahrbereit sein. Als Südamerikanischer